



MEINUNG

Von Peter Scherz, Arbeiterkammerrat des GLB und MAGNA Betriebsrat



Streik hat 4,2 Prozent Lohnerhöhung gebracht

Der größte Metallerstreik seit 1962 hat die Unzufriedenheit der Leute deutlich zutage gebracht.

Es war höchst an der Zeit, der Wirtschaft klarzumachen, dass es sehr wohl etwas ausmacht, wenn die Räder stillstehen. Der Versuch in einigen Betrieben, die Beschäftigten unter Druck zu setzen und ihnen ihr demokratisches Grundrecht auf Streik zu verweigern, ist gescheitert.

Die Streiks und Kampfaktionen

haben das Selbstbewusstsein der arbeitenden Menschen gestärkt. Der Lohnabschluss von 4,2 Prozent (über der Inflationsrate) ist aber nur ein kleiner Teil des Erfolges. Vor allem für die unteren Lohngruppen konnten deutliche Verbesserungen erkämpft werden. Niedriglohneempfänger dürfen sich über eine Mindestlohnerhöhung von 80 Euro monatlich freuen – das sind dauerhaft immerhin 1.120,- Euro im Jahr (!) und damit erheblich mehr als die von der Unternehmerseite gebotene einmalige Zahlung von

200 Euro, die sich auf künftige Entlohnungen überhaupt nicht ausgewirkt hätte!

Verbesserungen gibt es auch bei der Anrechnung der Karenzzeiten. Ab sofort werden alle Arten von Karenz (Mütter-, Väter-, Bildungs-, Hospizkarenz...) jeweils bis zu einer Höchstdauer von 16 Monaten voll angerechnet.

Aus diesen Gründen habe ich als GLB-Vertreter dem Verhandlungsergebnis schließlich zugestimmt.

Der Streik hat aber vor allem auch eines bewiesen: Wenn es

hart auf hart geht, müssen die Beschäftigten die Sache selbst in die Hand nehmen und dürfen sich nicht auf die Sozialpartnerschaft verlassen.

Positiv anzumerken ist schließlich, dass der entschlossene Kampfgeist der Metaller beispielgebend war. Ihr Selbstbewusstsein hat die Verhandlungsführer der Beschäftigten in anderen Branchen ermutigt, mit ihren berechtigten Forderungen ebenfalls selbstsicher in die Verhandlungen zu gehen.

meint Ihr Peter Scherz

Postpartner zahlen drauf

„NEBENTÄTIGKEIT“ IST VOLLZEITJOB

Die Post schafft sich selber ab. Briefkästen werden abmontiert, Postfilialen geschlossen, Mitarbeiter gekündigt. Doch auch Postpartner fühlen sich geprellt.

Während die Post weiter Postämter schließt (über 1000 bisher) und plant, 800 bis 900 Beschäftigte im Jahr abzubauen, rührt sie landauf – landab die Werbetrommeln, um kleine Unternehmer – vom Trafikanten bis zum Tankstellenbetreiber – für das Postpartnergeschäft zu gewinnen. „*Noch mehr Service, noch kürzere Wege, noch längere Öffnungszeiten. Die Österreichische Post und die Post Partner bringen mehr Kundenvorteile und eine sichere Versorgung*“, wirbt die Post AG.

Selbstaussbeutung

Für die Postpartner selbst erweist sich die als attraktives Nebengeschäft beworbene Tätigkeit allerdings recht bald als wenig lukrativ.

Die Post verspricht ihren „Partnern“ einen durchschnittlichen Verdienst von 15.000 Euro pro Jahr. „Wer seine Beschäftigten fair entlohnen und sich nicht selbst ausbeuten will, kann dabei aber nur draufzahlen“, macht ein Postpartner klar. „Das Postgeschäft ist anspruchsvoll – schließlich sind auch heikle Geldgeschäfte abzuwickeln – und man muss montags bis freitags geöffnet haben“, so der Postpartner. Das Postpartnergeschäft sei ein Vollzeitjob. Den könne man nicht einfach „ganz nebenbei“ erledigen.

Provisions-Schmäh

Das Einkommen der Postpartner besteht fast ausschließlich aus Provisionen. Diese sind auf den ersten Blick nicht einmal so schlecht. Pro Briefsendung erhalten Postpartner eine Provision von 20 Cent – doch gilt das nicht für alle Briefe. Ab dem 30. Brief pro Kunde/Kundin bekommen Postpartner weniger als zwei Cent. Für mit dem Stempel „Post-



Die „Partner“ der Post haben es nicht leicht.

gebühr bar bezahlt“ versehene Briefe, die in manchen Filialen bis zu 90 % (!) des Gesamtvolumens ausmachen, gibt es gar keine Provision, „Knebelverträge“ nennen Eingeweihte die Vereinbarungen mit der Post AG.

Versorgung in Gefahr

Die Entwicklung lässt ahnen, wohin die Reise geht: Immer

mehr Postpartner werden abspringen, die Post wird in ihrer Grundstruktur zerstört. Letztendlich kann die Versorgungssicherheit auf lange Sicht nicht gewährleistet werden. Leidtragende sind die zahlreichen gekündigten Postbediensteten, die Postpartner und letztendlich wir alle, die wir auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen sind.